

# LEADER

# *f o r u m* 3<sub>2002</sub>

Dossier: S. 18 – 32

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle LEADER+  
leader@ble.de  
www.leaderplus.de

# Was ist »Der ländliche Raum«?

VON ANTONIA MILBERT

**Gemeinhin wird von dem ländlichen Raum gesprochen. Doch den gibt es nicht. Vielmehr wirken viele Faktoren auf ländliche Räume ein und bestimmen deren Entwicklungspotenzial. Eine wichtige Orientierung für die Raumordnung bietet dabei eine Klassifizierung ländlicher Räume, die auch LEADER-Gruppen eine Hilfe sein kann.**

In der Vergangenheit wurden ländliche Räume meist einfach als »nicht städtische Räume« abgegrenzt, wobei die Siedlungsstruktur den charakteristischsten Unterschied definierte. Damit wurden jedoch weder die Dynamik, noch die Vielfalt und Eigenständigkeit ländlicher Räume berücksichtigt. Ländliche Räume sind komplexe Standorte, in denen viele »harte« und »weiche« Einflussfaktoren wirken, die entweder regionale Entwicklungspotenziale in Wert setzen oder Engpässe in der Entwicklung dominieren lassen.

## Vier Raumtypen

Zu einer problemadäquaten Typisierung fehlen also noch weitere Kriterien, wie etwa Indikatoren für das Ausmaß struktureller Schwächen oder für die Bedeutung der Landwirtschaft. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat eine problemorientierte Typisierung ländlicher Räume im Bundesgebiet vorgenommen, um insbesondere strukturschwache ländliche Räume zu charakterisieren. Vor dem Hintergrund des Postulats einer Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen bilden diese in der Raumordnung eine der wichtigsten handlungsorientierten Kategorien.

Bezieht man Entwicklungstendenzen wie die Beschäftigtenentwicklung, die Einkommenssituation in der Landwirtschaft oder die landschaftliche Attraktivität als potenzielle Bedeutung für den Tourismus ein, dann lassen sich Situation und Dynamik ländlicher Räume aus Bundessicht auf vier Typen verdichten (s. auch Karte):

### Strukturschwache ländliche Räume

Hier kumulieren die Problemlagen: Die Bevölkerungsdichte ist extrem niedrig, die technische und soziale Infrastruktur häufig unzureichend, das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln begrenzt. Die Regionen können ihre im Agrarsektor arbeitslos gewordene Bevölkerung nicht im industriellen oder Dienstleistungssektor auffangen. Die Investitionstätigkeit bewegt sich auf geringem Niveau.

Anhaltende Abwanderung, vor allem junger und qualifizierter Einwohner sowie geringe Geburtenzahlen gefährden mittel- bis langfristig die Funktionsfähigkeit dieser Siedlungsräume und Kulturlandschaften. Im europäischen Integrationsprozess drohen sie mit ihrer Randlage weiter aus dem Blickfeld transeuropäischer Netze zu geraten. Ihre

größten Vorteile liegen im hohen Wert der Kulturlandschaft und im hohen Leistungspotenzial natürlicher Ressourcen.

Beispiele sind weite Teile des Mecklenburg-Vorpommerschen Binnenlandes und Brandenburg. Für einige dieser Räume und auch Gebiete an der ostbayerischen Grenze bedeutet die Nachbarschaft zu kostengünstigeren Produktionsstätten in Mittel- und Osteuropa eine ernsthafte Konkurrenz.

Künftig müssen sich die Infrastrukturausstattung und die wirtschaftlichen Aktivitäten in der »Stadt auf dem Land« konzentrieren, das heißt in kleineren und mittelgroßen Städten, die dem Konzept der Entwicklungszentren folgend wirtschaftliche Impulse für die ländlichen Regionen aussenden. Dafür sprechen nicht nur die begrenzten öffentlichen Finanzmittel, sondern auch Überlegungen zur Tragfähigkeit im Ressourcenschutz. Die »Stadt auf dem Land« spielt für die Inwertsetzung regionaler Entwicklungspotenziale eine besondere Rolle. Nur sie kann im lokalen Maßstab Agglomerationsvorteile entwickeln oder Synergieeffekte für Betriebe und private Haushalte anbieten. Sie kann gewisse Standards in der Infrastrukturversorgung und andere Dienstleistungen gewährleisten und dadurch wirtschaftliche Aktivitäten anziehen. Problematisch bleibt dagegen die infrastrukturelle Basisversorgung der nichtmobilen, meist älteren Bevölkerung auf dem Land.

### Nähe zu Agglomerationsräumen

Diese Gebiete sind trotz höherer Bevölkerungsdichte von ländlicher Siedlungsstruktur geprägt, haben aber enge Verflechtungen zu den nahegelegenen Großstädten und Stadtregionen. Sie übernehmen Wohn- und Erholungsfunktion für diese Ballungsräume und begreifen sich in ihren eigenen Entwicklungsvorstellungen als deren Teilgebiet. Zum einen profitieren sie von den Agglomerationseffekten, andererseits geht von diesen auch ein erheblicher Siedlungsdruck auf das ländliche Umland aus. Damit ist auch eine Zunahme des Individualverkehrs verbunden, was die Attraktivität dieser Räume – ländliche Siedlungsstruktur bei guter Erreichbarkeit – gefährdet.

Auch ihre wirtschaftliche Entwicklung wird von der Nachbarschaft zu Ballungszentren geprägt; so siedeln etwa Zulieferbetriebe bevorzugt im verkehrs- und kostengünstigeren ländlichen Umland. Sie haben eine ausgeprägte, für Agglomerationsumfelder typische klein- und mittelständische Wirtschaft entwickelt.

Auch die Landwirtschaft findet hier günstige natürliche Bedingungen und eine gute Marktposition. Zunehmend bieten kleine selbständige Betriebe ihre unternehmensbezogenen Dienstleistungen aus dem Umland an. Beispiele finden sich in den ländlichen Räumen um München herum.

**Mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik**

Die wirtschaftliche Dynamik dieser Regionen ist vor allem auf das Beschäftigtenwachstum im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen. Diesen Räumen ist es gelungen, die Bedeutung der Landwirtschaft als Erwerbsquelle durch Arbeitsplätze im sekundären und tertiären Sektor zu ersetzen. Wegen steigender Überlastungserscheinungen in den Agglomerationsräumen verlagern insbesondere fertigungsorientierte Betriebe ihre Standorte in diese Regionen, da sie immer noch gut erreichbar sind sowie grundsätzlich eine gute Infrastruktur bieten. Vermutlich konnten diese Räume in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auch von den neuen Standorten der Hochschulen profitieren, die in den 70er- und 80er-Jahren gegründet wurden. Beispiele sind das Emsland und Gebiete in Nord-Ost-Bayern, aber auch einzelne Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

**Potenziale in Landwirtschaft oder Tourismus**

In Gebieten mit günstigen agrarstrukturellen Voraussetzungen bietet die Landwirtschaft auch relativ gute Einkommensmöglichkeiten. Trotzdem trägt die landwirtschaftliche Produktion nur zu einem vergleichsweise geringen Anteil zum Gesamteinkommen einer Region bei. Fehlen Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, sind ländliche Regionen auch bei guten landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen strukturschwach, wie etwa weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts.

Das größte touristische Entwicklungspotenzial ländlicher Räume liegt in ihrer landschaftlichen Attraktivität. Darüber lassen sich zumindest saisonal alternative Einkommensquellen erschließen. Ihre Lage konzentriert sich im Wesentlichen auf die Küstenregionen an Nord- und Ostsee, die Seengebiete, Flusstäler, alpine Berggebiete und einige Mittelgebirgslandschaften.

**Stadt-Land-Annäherung**

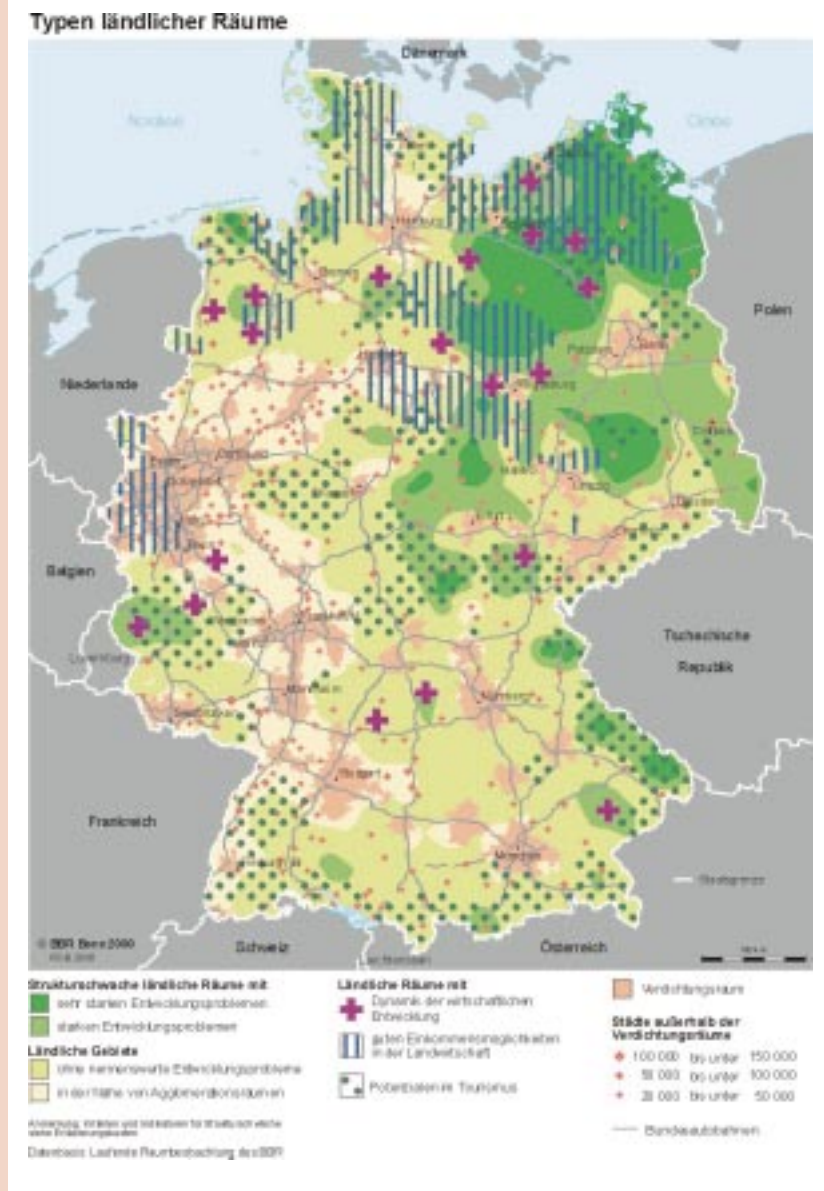
Nach wie vor gilt die Siedlungsstruktur als *der* Unterschied zwischen Stadt und Land. Dieses Kriterium bedeutet aber noch nicht, dass die Bewohner in Stadt und Land verschiedene Befindlichkeiten, Verhaltensmuster oder Reaktions-

weisen zeigen. Die vielfältigen Lebensformen in Dorf und Stadt sind sich ähnlicher geworden.

Neben dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel sind dafür im Wesentlichen zwei Einflussfaktoren verantwortlich: Zum einen hat die Landwirtschaft als Erwerbszweig drastisch an Bedeutung verloren und wird in den Dörfern nicht mehr als gemeinsames wirtschaftliches Problem empfunden. Zum anderen ist Wohnen zu einem zentralen Entwicklungsfaktor im ländlichen Raum geworden. Durch den Zuzug neuer Bewohner gewinnt das soziale Leben in den Dörfern an Vielfalt und mit dem Humankapital wächst ihr Entwicklungspotenzial.

**Nähere Informationen:**

**Antonia Milbert**  
**Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung**  
**Referat I 6 – Räumliches Informationssystem**  
**Deichmansaue 31–37**  
**53179 Bonn**  
**Tel.: (0 18 88) 4 01 - 22 56**  
**Fax: (0 18 88) 4 01 - 12 70**  
**E-Mail: [Antonia.Milbert@BBR.bund.de](mailto:Antonia.Milbert@BBR.bund.de)**  
**Web: [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)**



# Immer weniger Menschen – Neue Konzepte in l

VON MARTINA KOCKS UND BÄRBEL WINKLER-KÜHLKE

**Schrumpfende Bevölkerungszahlen stellen besonders in Ostdeutschland die dünnbesiedelten ländlichen Regionen vor die Frage, wie sie ihre Infrastruktur an diese Entwicklung anpassen können. Lösungsansätze entwickeln jetzt drei Regionen in einem Modellvorhaben des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.**



**O**stdeutschland hat in den 90er-Jahren aufgrund des drastischen Geburtenrückgangs und einer erheblichen Abwanderung in den Westen stark sinkende Bevölkerungszahlen hinnehmen müssen. Auch künftig ist mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen.

Von dieser Entwicklung sind besonders ländliche und zugleich peripher gelegene Räume betroffen. Diese Regionen haben die geringsten Bevölkerungsdichten und kommen bei der Bereitstellung von Infrastrukturleistungen schnell an die Grenzen ihrer Tragfähigkeit. Die fehlende Auslastung und damit steigende Kosten führen zwangsläufig zu Angebotsreduzierungen und sogar Schließungen. Der Einzugsbereich vergrößert sich zu Lasten der Erreichbarkeit. Der sich stark verändernde Altersaufbau der Bevölkerung – die erhebliche Zunahme Älterer und Hochbetagter sowie die geburtenschwachen 90er-Jahre – erschwert eine kontinuierliche Planung der Daseinsvorsorge. Dies betrifft unter anderem Kindergärten und Bildungseinrichtungen, aber auch Kultur- und Sportstätten sowie den öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV).

Den Kommunen droht mit dem Versorgungsmangel ein erheblicher Image-Verlust. Weitere Abwanderungen, insbesondere von jungen Menschen, sind die Folge, während Anreize für Zuwanderungen fehlen. Sowohl Dienstleister als auch Gewerbebetriebe verlieren Nachfragepotenziale und die Kommunen mit den Einwohnern zugleich Steuerkraft (s. auch S. 23–25).

## Modellregionen entwickeln Zukunft

Erstmals erarbeiten nun mit dem Projekt »Anpassungsstrategien für ländliche / periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern« drei Modellregionen integrierte, überregionale Anpassungskonzepte für eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Infrastruktur. Anstelle eines überdimensionierten Angebots, das Gemeinden und Bürger finanziell überlastet, gilt es, ein kleines, aber »feineres« Angebot für Bewohner und Dienstleistungsanbieter zu entwickeln. Von großer Bedeu-

# ändlichen Regionen

tung ist, dass sich die Konzepte auf andere betroffene Regionen übertragen lassen. Denn auch in Westdeutschland – dies zeigen langfristige Bevölkerungsprognosen – wird das Thema immer wichtiger.

In einem Bewerbungsverfahren wurden im April 2002 drei Modellregionen ausgewählt:

- Region Mecklenburgische Seenplatte (Mecklenburg-Vorpommern)
- Region Lausitz-Spreewald, ohne Kreis Dahme-Spreewald (Brandenburg)
- Region Ostthüringen: Landkreise Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis (Thüringen)

Nach Einschätzung der Modellregionen haben die folgenden Handlungsfelder Priorität:

- ÖPNV
- Bildung
- medizinische Versorgung
- Wasserver- und Abwasserentsorgung
- Abfallvermeidung
- Handel und Dienstleistungen

Darüber hinaus ist die Entwicklung integrierter Strategien vorgesehen, zum Beispiel mit der Fortschreibung von Regionalplänen und Raumentwicklungskonzepten.

## Umdenken, dann kreativ planen

Traditionelle Konzepte und Instrumente der Regionalentwicklung können den absehbaren Bevölkerungsrückgang in den ohnehin schon dünn besiedelten Regionen nicht bremsen. Auf der Agenda dieser Regionen stehen daher zwei vordringliche Aufgaben:

1. Die Einleitung eines Umdenkungsprozesses: Planer und Politiker müssen erkennen, dass die negative Bevölkerungsentwicklung aufgrund der demographischen Determinanten unumkehrbar ist.
2. Dem Schreckgespenst der Schrumpfung ist mit kreativen Ideen und neuartigen Konzepten entgegenzutreten. Nur über diesen Weg kann der bevorstehende Prozess aktiv gestaltet und zum Vorteil der Regionen genutzt werden.

Die brisante Entwicklung wird in den Modellregionen noch nicht von allen akzeptiert: Während die fachliche Ebene den Bevölkerungsrückgang und eine immer geringer werdende Siedlungsdichte als neue Rahmenbedingung annimmt, ist auf der politischen Ebene die Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit solchen Perspektiven noch gering. Doch neue Anpassungsstrategien erfordern einen dialogorientierten Entwicklungs- und Umsetzungsprozess, sonst können theoretisch vorhandene Handlungsoptionen nicht umgesetzt werden.

### Hintergrund

Das Projekt »Anpassungsstrategien für ländliche / periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern« ist Teil des Aktionsprogramms »Modellvorhaben der Raumordnung«. Mit dem Aktionsprogramm unterstützt das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) die Erprobung und Umsetzung innovativer Ansätze und Instrumente in der praktischen Raumordnung. Betreut wird es vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Nähere Informationen unter [www.bbr.bund.de/raumordnung/moro.htm](http://www.bbr.bund.de/raumordnung/moro.htm) im Internet.

Vor diesem Hintergrund wird in den Modellregionen der Dialog zwischen Fach- und Regionalplanern, regionalen Akteuren, Kommunal- und Regionalpolitikern sowie Trägern von regionalen Initiativen gesucht. Unterstützt wird dies vom IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH:

- In einer Projektsteuerungsrunde findet eine inhaltlich-fachliche und formale Diskussion zwischen BBR, BMVBW und IfS statt.
- Zentrale Abstimmungs- und Arbeitsgremien sind die Projektgruppen. Hier werden Schwerpunkte gesetzt, Vorgehensweisen festgelegt, Analysen hinterfragt, Best-Practice-Ansätze geprüft und Arbeitsprogramme für die Regionen erarbeitet. Vertreten sind regionale Planungsverbände oder -gemeinschaften sowie das IfS, BBR und BMVBW.
- Die konzeptionelle Arbeit in den einzelnen Handlungsfeldern leisten Arbeitsgruppen, in denen weitere Akteure vertreten sind.
- Regionalforen stellen eine breite Einbindung regionaler Akteure und der Öffentlichkeit sicher.

Für den Transfer wichtiger Ergebnisse zwischen allen Beteiligten und Interessierten wird die Homepage [www.regionale-anpassung.de](http://www.regionale-anpassung.de) unterhalten. Zwei Erfahrungsworkshops sollen zudem einen fachlichen Austausch in einem größeren Rahmen ermöglichen. Hierzu sind auch Vertreter der nicht berücksichtigten Regionen, interessierte Vertreter der Länder sowie ausländische Regionen eingeladen. Der erste Workshop findet Ende 2002 statt.

## Erste strategische Ansätze

Nach Auswahl ihrer Arbeitsschwerpunkte besetzten die Modellregionen zunächst ihre Arbeitsgruppen, führten konstituierende Sitzungen durch und stellten ihre Arbeitsprogramme auf. Der aktuelle Stand ihrer Arbeit ist unterschiedlich, da unter anderem auch bereits angedachte Strategien einbezogen wurden. Erste Ansätze und Überlegungen stehen bereits in der regionalen Diskussion – hier einige Beispiele:

	Mecklenburgische Seenplatte	Äußerer Entwicklungsraum der Region Lausitz- Spreewald	Landkreise Saalfeld -Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis (Ostthüringen)
Fläche	5.810 km <sup>2</sup>	6.750 km <sup>2</sup>	2.182,9 km <sup>2</sup>
Einwohner	325.502 (2000)	610.591 (1999)	231.477 (2000)
Einwohnerdichte	56 EW/km <sup>2</sup>	90 EW/km <sup>2</sup>	106 EW/km <sup>2</sup>
Bevölkerung 1990–2000	-8,2%	-9,2%	-8,2%
Arbeitslosenquote	22,9% (2000)	23,1%	16,1% (2000)
		Region insgesamt (2002)	
Kreise der Modellregion	Müritz Mecklenburg-Strelitz Demmin Neubrandenburg (Kreisfreie Stadt)	Elbe-Elster Dahme-Spreewald Oberspreewald-Lausitz Cottbus (Kreisfreie Stadt)	Saalfeld-Rudolstadt Saale-Orla-Kreis
Städte >20.000 Einwohner	Neubrandenburg (72 TEW) Neustrelitz (23 TEW) Waren (22 TEW)	Cottbus (109 TEW) Forst (24 TEW) Senftenberg (25 TEW) Lübbenau (20 TEW)	Saalfeld (30 TEW) Rudolstadt (28 TEW)
Lage	entfernt von Ballungsraum	entfernt von Ballungsraum, EU-Außengrenze	entfernt von Ballungsraum

### Organisation der Berufsschulen

Ab dem Schuljahr 2006/2007 wird sich in der Modellregion Mecklenburgische Seenplatte die Zahl der Berufsschüler halbieren. Wie die Struktur der Berufsschulen künftig darauf ausgerichtet werden kann, war Gegenstand eines Konzeptes, das die Arbeitsgruppe des Planungsverbands gemeinsam mit dem benachbarten Landkreis Uecker-Randow erarbeitete. Vorgabe war: Pro Kreis mindestens ein Berufsschulstandort bei gleichzeitiger Einhaltung der landesrechtlichen Vorgabe zu Mindestgrößen der Klassen beziehungsweise der täglich anwesenden Schülerzahl.

Das Konzept sieht vor, die Zahl der Berufsschulen von derzeit acht auf fünf zu reduzieren. Und diese sollen sich auf ausgewählte Ausbildungsfächer konzentrieren, um nicht Ausbildungsgänge doppelt bei eventuell zu kleinen Klassen anzubieten. Unter Inkaufnahme längerer Anfahrtswege einiger Schüler und Lehrer könnte so eine breite Palette von Ausbildungsgängen in der Region erhalten bleiben. Das Konzept wird derzeit mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt. Ernst zu nehmende Kritik kommt vor allem aus der Stadt Neubrandenburg, die von dem vorge schlagenen Abbau besonders stark betroffenen wäre.

### Zuschnitt von Grund- und Regelschulen

Die Zukunft der schulischen Bildung ist auch Thema in der Region Ostthüringen. Eine Arbeitsgruppe prüft derzeit verschiedene Ansätze zur Neustrukturierung des schulischen Angebots. Realistisch erscheint derzeit ein jahrgangsübergreifender Unterricht in Grund- und Regelschulen sowie ein am Leistungsvermögen der einzelnen Schülern orientierter Unterricht in kleinen Schulen.

Weiterhin gilt es, den Schülerverkehr aus Orten mit wenigen Schülern zu optimieren. In dem etwa die Hausmeister die Fahrten mit Kleinbussen übernehmen.

Mittels neuer pädagogischer Ansätze sollen qualitative und quantitative sowie finanzielle Anforderungen so weit wie möglich in Ausgleich gebracht werden.

### Medizinische Versorgung

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ist kein originäres Thema der Raumordnung. Doch angesichts einer weiteren Ausdünnung ambulanter und stationärer Versorgung in ländlichen Regionen bei gleichzeitiger Alterung der Einwohner wächst das raumordnerische Interesse.

Alle drei Modellregionen haben zu diesem Themenfeld dringenden Handlungsbedarf formuliert und Arbeitsgruppen eingesetzt. Die Region Mecklenburgische Seenplatte hat bereits die räumliche Verteilung ihrer Haus-, Fach- und Zahnärzte sowie der Apotheken analysiert. Schon heute konzentrierten sich diese auf die Städte der Region. Künftig wird einerseits mit der Zahl der über 65-Jährigen auch die Zahl der stark auf medizinische Versorgung angewiesenen Menschen zunehmen. Andererseits scheiden im nächsten Jahrzehnt mehr

als zwei Fünftel der Hausärzte altersbedingt aus. Versorgungsengpässe sind angesichts der Nachwuchsproblematik für Ärzte im ländlichen Bereich absehbar. Erste Überlegungen für eine angepasste, angemessene Versorgung gehen hier – wie auch in den anderen Regionen – in Richtung auf mehr Kooperation zwischen stationären und ambulanten Ärzten, die Einrichtung von Gesundheitszentren und mobilen Sprechstunden. Eine stärkere Zusammenarbeit von Kassenärztlicher Vereinigung, Ländern und den Ärzten vor Ort ist beabsichtigt.

### 2003 wird spannend!

Die Modellregionen gehen erste Schritte in eine Richtung, die für die räumliche Planung in weiten Teil der Bundesrepublik Deutschland zukünftig gelten muss: Von der Wachstumsorientierung hin zur Stabilisierung von Regionen durch die Umorganisation von Infrastrukturen nach neuen Auslastungskriterien.

Akzeptanz für neue, unkonventionelle Konzeptionen kann nur erzielt werden, wenn unter allen Beteiligten Konsens hergestellt und in der Öffentlichkeit dafür geworben wird. Im nächsten Jahr sollen aus den einzelnen Handlungsansätzen umsetzungsreife, integrierte Konzepte entstehen. Wir hoffen auf gutes Gelingen!

Nähere Informationen:

**Martina Kocks**

**Projektleiterin**

**Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn**

**Referat I4 »Wirtschaft und Gesellschaft«**

**Deichmanns Aue 31–37**

**53179 Bonn**

**Tel.: (0 18 88) 4 01 - 23 21**

**Fax: (0 18 88) 4 01 - 23 46**

**E-Mail: [martina.kocks@bbr.bund.de](mailto:martina.kocks@bbr.bund.de)**

**Web: [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)**

# Ländliche Identität

## Was formt das Leben im ländlichen Raum?

VON WOLFGANG WEISS

**Der Mensch hat nicht nur einen Ort, an dem er wohnt. Er arbeitet, pflegt soziale Kontakte, kauft ein. Diese räumlichen Beziehungen sind im ländlichen Raum aufgrund der infrastrukturellen Ausstattung gänzlich anders als in Städten. Und damit auch die Identität der dort lebenden Menschen.**



In der aktuellen Debatte zur Regionalisierung gewinnt der Begriff »Identität« ebenso an Bedeutung wie bei Überlegungen zur Veränderung der politisch-administrativen Strukturen. Er wird aber nicht einheitlich verwendet, sondern mit zum Teil sehr unterschiedlichen Absichten und Inhalten benutzt.

### Facetten der Identität

Im Allgemeinen wird unter Identität die Übereinstimmung einer Person oder einer Sache mit dem verstanden, als was sie sich darstellt oder als was sie bezeichnet wird. Der Begriff wird aber ebenso für psychologische Zustände und mentale Befindlichkeiten von Personen und Gruppen benutzt, wodurch er eine emotionale Funktion erhält. Dabei geht es weniger um Identität als um Identifikation.

Der räumliche Identitätsbegriff steht oft für lokale Verwurzelung, angestammte Herkunft, zumindest für einen längeren Lebensabschnitt oder aber für die verbrachte Schulzeit in der Region. Öffentlichen Personen wird in diesem Zusammenhang eine hohe raumbezogene Kompetenz und Insiderwissen unterstellt.

Der politisierte Identitätsbegriff kann hingegen auch als Argument gegen Anpassungen an äußere Impulse benutzt werden. Aus Angst vor Veränderung verbinden sich mit dieser Identität oftmals ein Mangel an Innovationsbereitschaft sowie die Ablehnung (orts-)fremder Personen und Ideen oder externer Initiativen.

Die psychologisch-emotionale Dimension von Identität und Identifikation hat eine spezielle geographische Komponente, die sogenannten »Mental-Maps«. Dieser Begriff wird unter anderem in der verhaltensorientierten Geographie des Menschen verwendet und umfasst jene geistigen Abbilder der Umwelt, die jeder Mensch aufbaut, um sich räumlich zu orientieren. Für die Identität sind dabei nicht Qualität und Umfang der »Landkarte in Kopf« von Bedeutung, sondern der Inhalt.

Mental-Maps von Menschen einer Region können recht unterschiedlich sein. Sie sind zunächst von jenen räumlichen Beziehungen geprägt, welche für den Einzelnen besonders wichtig sind oder von ihm häufig realisiert werden: Etwa die täglichen Wege zur Arbeit und zur Versorgung oder auch Räume, in denen sich häufig kontaktierte Personen finden. Die Geographie bezeichnet diese Relationen als arbeits-, versorgungs-, sozial- und kommuni-

kationsräumliche Beziehungen. Sie umreißen für den Einzelnen den näheren Lebens- oder Aktionsraum, der in ländlichen Gebieten nur selten mit dem Administrationsraum identisch ist.

## Stadt und Land

Standorte, wo das Arbeitsplatzangebot, die Chancen zur Versorgung sowie die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung besonders vielfältig sind, haben meist einen hoch urbanisierten Charakter; es sind Städte. Für viele Einrichtungen stehen hier Alternativen zur Auswahl. Doch welche Einrichtung auch gewählt wird: Das Ziel ist immer in derselben Stadt zu finden. Dies führt trotz aller Differenziertheit der konkreten Ziele zu einer spezifischen Identität. Man wohnt, arbeitet und kauft in derselben Stadt ein und hat dort seine Freunde, auch wenn die Aktionsorte oft viele Kilometer voneinander entfernt sind. Ob Spandau oder Köpenick – man bleibt in Berlin und bewegt sich nur selten aus dem städtischen Aktionsraum heraus.

Völlig anders im ländlichen Raum. Wegen der geringen Anzahl der lokal zu versorgenden Menschen haben Angebote aus den Bereichen Arbeit, Versorgung und Gesundheitswesen sowie Bildung, Sport und Kultur ein wesentlich größeres Einzugsgebiet als die vergleichbaren Angebote in den Städten. Der Einzugsbereich resultiert aus der Tragfähigkeit. Eine höhere räumliche Dichte einzelner Einrichtungen würde schnell zum Konkurs mindestens eines der Mitbewerber führen. Dadurch haben die jeweiligen Einrichtungen in ihrem näheren Einzugsbereich quasi eine Monopolstellung.

Das bedeutet, dass die Menschen im ländlichen Raum aus ökonomischen Erwägungen keine Alternativangebote zur Auswahl haben. Da somit ganz verschiedene Personen im ländlichen Raum das gleiche Wegeziel haben, ähneln sich auch deren Mental-Maps – eine spezifische Eigenschaft ländlicher Identität.

Die ländliche Identität hat also einen anderen Charakter als die formale Identität der Stadt – Erstere ist eher uniform, weniger variabel, sehr konkret und oft auf das Wesentliche reduziert. Sie spiegelt das Existenzielle im Ländlichen wider. Veränderungen dieses Rahmens haben weit größere Auswirkungen als in der Stadt. Geht in der Stadt ein Bäcker in Rente und wird aus dem Geschäft vielleicht eine andere Dienstleistungseinrichtung, verändern sich zwar die raum-zeitlichen Beziehungen der Nutzer, aber nicht grundsätzlich: Man wechselt einfach zum nächsten Bäcker. Möglicherweise bereichert die Veränderung sogar das Serviceangebot. Ganz anders hingegen im ländlichen Raum, wo solche Veränderungen meist grundsätzlicher Natur sind.

## Identität im Wandel

Der Identitätsbegriff politischer Diskussionen hat für die Bürger ländlicher Gemeinden wenig Bedeutung. Wichtiger sind der Arbeitsmarkt, Veränderungen im Aktionsraum, Ansprüche an Lebensqualität und die Möglichkeiten ihrer Befriedigung – alles Momente, die heute zumeist aus der Gemeinde hinausführen. Die gemeindliche Identität ist bestenfalls dort von Belang, wo das kommunale Leben noch eine hohe Integrationskraft besitzt.

Diese Einschränkung bezieht sich insbesondere auf ländliche Gemeinden in Ostdeutschland. Denn Einrichtungen und Funktionen, die dort vor 1990 eine Identität bewirkten, hatten mit der politisch-administrativen



Gemeinde nur selten zu tun. Diese war Organ des Staates und funktionierte nicht wegen einer kommunalen Identität der Einwohner! Die vorhandene Identität erhielt allerdings durch den Gemeindenamen ihre Bezeichnung.

Die Veränderungen seit 1990 vollziehen sich mit einer außerordentlichen Dynamik und bewirken vor allem im ländlichen Raum Ostelbiens eine enorme Aushöhlung der lokalen Identität. Diese Dynamik wird primär von der Entwicklung der Produktionsstruktur bestimmt, die sich auf die arbeitsräumlichen Beziehungen auswirkt. Die großen landwirtschaftlichen Betriebe hatten vor 1990 die stärkste integrative Kraft, oft über die Gemeinde hinaus. Allein in Mecklenburg-Vorpommern lag in etwa 85 Prozent der Gemeinden der Anteil in der Landwirtschaft Beschäftigten zum Teil über 50 Prozent, nicht selten über 70 Prozent. Allein von 1990 bis 1994 reduzierte sich deren Zahl um rund 80 Prozent. Für eine Vielzahl an Menschen im ländlichen Raum wurde damit das noch vor kurzem tragende Identifikationsmerkmal ungültig.

Die Entwicklung in den Dienstleistungen vollzieht sich – trotz der allgemeinen Tertiarisierung – in die gleiche Richtung. Vor 1990 waren Verkaufsstellen mit dem Angebot an »Waren des täglichen Bedarfs« die Einrichtungen mit der größten Verbreitung. Orte ohne eine solche Verkaufsstelle hatten in der Regel keine weiteren Funktionen. Der »Dorf-Konsum« war aber weit mehr als nur eine Verkaufsstelle: Er war das Zentrum der lokalen Kommunikation. Den Supermärkten am Rande der Städte konnte er nicht standhalten, und so fiel er auch als Medium der lokalen Identifikation weg.

An der Post lässt sich seit deren Privatisierung am besten beobachten, wie sich am Markt orientierte Einrichtungen aus der Fläche zurückziehen: Vor 1990 hatte fast jede Gemeinde eine Postdienststelle mit vollem Sortiment. Heute finden sich in vielen Gebieten – mit der Fläche eines Viertels der alten Landkreise und größer – nur noch





Briefkästen und öffentliche Fernsprecher. Die Paketzustellung bei Abwesenheit ist schwierig, ein Paket aufzugeben fast unmöglich. Ohne die Chance Briefmarken zu kaufen, wird in naher Zukunft auch der verbliebene Briefkasten überflüssig.

Andere Einrichtungen gehen ähnliche Wege oder werden in Kürze folgen. Entwicklungen wie das Homebanking sowie der Einkauf über das Internet befördern diesen Prozess. Als letzte Träger der Identität sind vielfach Einrichtungen verblieben, die sich nicht am Markt ausrichten haben, zum Beispiel das staatliche Bildungswesen und die Gemeindeverwaltung.

## Psychologie der Örtlichkeiten

Einziges verbliebenes Merkmal, das die gemeindliche Identität – wie sie bis 1990 galt – bezeichnet, ist nach dem Verlust von Einrichtungen und Funktionen für die meisten Menschen der Ortsname in ihrer Anschrift.

Hier zeigt sich die Bedeutung der Gemeinde im ländlichen Raum, die früher eher eine untergeordnete Rolle spielte und in der politischen Diskussion bisher kaum beachtet wird. Sie ist für die Betroffenen aber weit mehr als nur eine Adresse: Die Gemeinde integriert emotional. Sie schafft eine mentale Identität, in die – oft symbolisch – hineinprojiziert wird, was der Einzelne vermisst oder verloren glaubt und was für ihn Heimat und Geborgenheit ausmacht. Zwar ist diese Identität fiktiv, sie besitzt aber eine außerordentlich große moralische Bedeutung.

Diese Identität hat noch eine zweite Seite, die sich aus den Mental-Maps als besonderer psychologischer Effekt ableitet: Im Gegensatz zur Anonymität der Stadt vermittelt das Dorf ein Gefühl der Geborgenheit im überschaubaren sozialen Netz. Zwar können die Dimensionen des Überschaubaren individuell sehr verschieden sein, aber im länd-

lichen Raum umreißen sie zumeist territoriale Größen, die im Wesentlichen dem Zuschnitt der alten Landgemeinden entsprechen. Sie besitzen damit in der Regel jenen räumlichen Rahmen, in dem Bürgerbeteiligung und demokratische Mitwirkung am effektivsten organisiert werden können. Wird hinsichtlich einer Veränderung der administrativen Strukturen von der Notwendigkeit einer besonderen Rücksicht auf die Identität der Bevölkerung gesprochen, so ist dieser Sachverhalt zu beachten.

Befragungen zur ländlichen Identität im Rahmen einer studentischen Projektarbeit in ausgewählten Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs erbrachten Folgendes:

- Viele Bürger haben nur diffuse Vorstellungen zur Funktion einer Gemeinde und noch seltener Kenntnisse über Inhalt und Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung. Die gemeindliche Identität ist also kaum an die politisch-administrative Struktur gekoppelt.
- Den meisten Menschen ist es ziemlich egal, wo sich ihre Verwaltung befindet – Hauptsache sie wissen, an wen sie sich wenden müssen, wenn sie ein Problem haben. Sie wünschen, dass diese Stellen räumlich und zeitlich effektiv zugänglich sind.

## Zukunft im Regionalen

Die Stadt-Umland-Bereiche haben zumeist »zwei Arten« von Bevölkerung: die »angestammte« Bevölkerung – auch Autochtone genannt – und die aus der Stadt zugezogenen Menschen – sogenannte Allochtone. Das zahlenmäßige Verhältnis der Einheimischen zu den Zugezogenen ist in der Regel proportional zur Entfernung von der Stadt. Verlaufen die Prozesse der Stadt-Umland-Wanderung so dynamisch wie in den 1990er-Jahren im Osten Deutschlands, dann wirkt sich das auf die Identität aller Beteiligten aus.

Die Identität der angestammten Bevölkerung war bisher vielfach vom Unterschied zur Stadt geprägt. Jahrzehnte lang war man sich dieser Unterschiede wohl bewusst, oft waren sie sogar das dominante Merkmal der stadtnahen, dörflichen Identität. Anders die zugezogene Bevölkerung: Sie kommt aus der Stadt, arbeitet meist weiterhin dort und nutzt die städtische Infrastruktur. Sie bleibt also städtisch, obwohl sie jetzt auf dem Lande lebt. Sie praktiziert, was der autochtonen Bevölkerung noch bevorsteht: Die vollständige Orientierung auf das Zentrum – Basis einer zukunftsfähigen regionalen Identität.

Nähere Informationen:

**Dr. Wolfgang Weiß**  
**Universität Greifswald**  
**Geographisches Institut**  
**Makarenkostraße 22**  
**17487 Greifswald**  
**Tel.: (0 38 34) 86 45 32**  
**Fax: (0 38 34) 86 45 42**  
**E-Mail: [weiss@uni-greifswald.de](mailto:weiss@uni-greifswald.de)**

sowie

**Institut für sozialwissenschaftliche Regional- und Umweltforschung**  
**Hauptstraße 37**  
**18516 Kreutzmannshagen**  
**Tel.: (03 83 32) 80 334**  
**Fax: (03 83 32) 80 335**  
**E-Mail: [info@isru.de](mailto:info@isru.de)**

# Struktureller Rahmen

**LEADER-Regionen können strukturell verschieden sein. Wie spiegelt sich das in der Arbeit der Lokalen Aktionsgruppen wider? Die Deutsche Vernetzungsstelle hat zwei Regionen unterschiedlichen Raumtyps besucht und Eindrücke gesammelt.**

**W**ie gestaltet sich beispielsweise der Bottom-up-Prozess? Haben Bevölkerungsdichte und Altersstruktur einen Einfluss darauf und damit auch auf die Struktur der Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) selbst? Mit welchen Strategien begegnen die LAGs den besonderen Problemlagen ihrer Region? Und wer sind die aktiven Partner?

Diesen Fragen ging die Deutsche Vernetzungsstelle in zwei LEADER+ Regionen nach, die nach der Klassifizierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) unterschiedlichen Raumkategorien zugeordnet werden (s.S. 18–19): Das Mansfelder Land in Sachsen-Anhalt als eine strukturschwache ländliche Region mit (sehr) starken Entwicklungsproblemen sowie die Region Hesselberg in

Bayern als eine ländliche Region ohne nennenswerte Entwicklungsprobleme.

Die beiden Regionen geben Einblick in die unterschiedlichen Herausforderungen, denen sich LAGs stellen müssen. Diese ergeben sich jedoch nicht allein durch die strukturellen Rahmenbedingungen. Auch die Historie, die politische Unterstützung vor Ort, das Vorhandensein von »Zugpferden« oder Einflüsse von außerhalb der Region bestimmen die Arbeit einer LEADER-Gruppe.

*An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Akteuren bedanken, die uns in der Vorbereitung der Artikel vor Ort unterstützt haben!*

## Mansfelder Land: Region sucht Mitstreiter

VON JAN SWOBODA

<b>Zuschnitt des Aktionsgebietes</b>	31 Gemeinden im Landkreis Mansfelder Land, Regierungsbezirk Halle, Sachsen-Anhalt
<b>Einwohnerzahl</b>	rund 21.300
<b>Einwohnerdichte</b>	67 Einwohner/km <sup>2</sup>
<b>Bevölkerungsstruktur</b> (2001, Landkreis Mansfeld)	0–15 Jahre: 11,5 % 15–25 Jahre: 12,9 % 25–50 Jahre: 34,6 % 50–65 Jahre: 20,8 % über 65 Jahre: 20,2 %
<b>Arbeitslosenzahl</b> (2002, Landkreis Mansfeld)	24 %
<b>Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip</b> (2001, Landkreis Mansfeld)	Produzierendes Gewerbe: 35,7 % Sonstige Dienstleistungen: 40,5 % Handel und Verkehr: 21,7 % Land- und Forstwirtschaft: 2,1 %
<b>Nächstes größeres Zentrum</b>	Halle (ca. 60 Kilometer entfernt)
<b>Raumtyp laut BBR</b>	Strukturschwacher ländlicher Raum mit (sehr) starken Entwicklungsproblemen

**K**leine Dörfer, dazwischen Bergwiesen und Wälder: Das ist das Mansfelder Land. Hier, am südöstlichen Rand des Harzes, hat sich bereits in den 90er-Jahren der »Umwelt- und Naturschutzverein Sachsen-Anhalt (UNS) e.V.« mit Sitz in Wippra gegründet. Eine Art »Selbsthilfegruppe«, die sich zum Ziel gesetzt hatte, mit Kindern und Jugendlichen vorwiegend im Bereich Umweltbildung zu arbeiten und dazu in der Region vorhandene Einrichtungen zu modernisieren und auszubauen.

### Vereinsarbeit als Basis

Dieses Arbeitsspektrum brachte der Verein 1997 in die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Mansfelder Land ein, an der sich bereits der Landkreis und andere lokale Akteure beteiligten. Mit dem Zusammenwirken von LAG und Verein erweiterte sich das Spektrum: Touristische Angebote sowie die Entwicklung der dazugehörigen Infrastruktur standen nun auch auf dem Programm. Der Verein blieb der Motor der Entwicklung.

In zwei Gästehäusern mit jeweils rund 80 Betten bot und bietet der UNS e.V. zu verschiedenen Themenfeldern für Jugendgruppen und Schulklassen pauschal Projektwochen an – für 90 Euro pro Person. Das Angebot sprach

# und LEADER-Arbeit

sich herum, aus acht Bundesländern kamen die Gäste. Seit 1999 wurden bis zu 10.000 Übernachtungen pro Jahr erreicht. Dadurch entstanden nicht nur zwölf Arbeitsplätze beim Verein, sondern auch »Zulieferfirmen« profitierten, beispielsweise Bäckereien oder Busunternehmen. Über das Projekt »Euro-Ökoring« wurden diese Aktivitäten mit LEADER-II-Mitteln gefördert, die Kofinanzierung erbrachte der Verein. »Weitere Angebotsschwerpunkte unseres Vereins sind Bildungsfahrten für Schulklassen und Ferien-camps für Kinder«, erläutert Vereinsvorsitzender Norbert Gehring.

Eine Basis, auf der sich weiterarbeiten lässt: Das Entwicklungskonzept der LAG Mansfelder Land wurde auch für LEADER+ ausgewählt. Der Kreis hat die erforderlichen Kofinanzierungsmittel im Haushalt eingestellt und die Wirtschaftsförderung die Federführung übernommen.



Foto: UNS e.V.

Naturschutzzentrum Schiefergraben

## Bleiben oder Gehen?

Aber auch das ist die Region der LAG Mansfelder Land: 31 Gemeinden mit rund 21.000 Einwohnern – ein mit 67 Einwohnern pro Quadratkilometer sehr dünn besiedelter Raum. Bis Mitte der 80er-Jahre arbeitete die Hälfte der Erwerbstätigen im Bergbau. Mit der Umstrukturierung in diesem Sektor ging auch ein Verlust der regionalen Identität einher. Die Gemeindegebietsreform war in dieser Hinsicht sicher nicht hilfreich.

Mit fast 25 Prozent Arbeitslosen, einem ähnlich hohen Anteil an Personen in Umschulungsmaßnahmen sowie einem hohen Anteil an Rentnern lädt die Region nicht unbedingt zum Bleiben ein. Die es dennoch tun, besitzen oftmals ein eigenes Haus, haben zusätzliche Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung. Die Mobilen überlegen zu gehen, denn die »Erfolgsgeschichten« derer, die in die alten Bundesländer abwandern, sprechen sich herum, und regelrechte Abwerbekampagnen großer Firmen aus dem Westen tun ihr Übriges. In der Klassifizierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung heißt es dann: Strukturschwacher ländlicher Raum mit (sehr) starken Entwicklungsproblemen ...

## Anschub erforderlich

Das Jugendprojekt hatte in LEADER II eine Leitfunktion – und diese Funktion hatte auch der Verein. Folgeprojekte wurden initiiert, aber nicht in allen Fällen unter der alleinigen Regie des Vereins umgesetzt, sondern gemeinsam mit anderen Partnern. Doch die im Tourismus nötige Flexibilität bezüglich der Öffnungszeiten oder der Einsatz neuer Technologien ist nicht Jedermanns Sache, und der Verein musste bei diesen Projekten oftmals »anschieben«. Dies hatte aber auch zur Folge, dass der Verein in die Pflicht genommen wurde, wenn ein Projekt nicht den gewünschten Erfolg hatte. Partner, die selbstständig Projekte auf den Weg bringen und tragen, gab es in LEADER II nicht in ausreichendem Maße.

Auch Arbeitskreise hatten sich nur zu konkreten Projekten gebildet, die sich nach deren Umsetzung wieder auflösten. Kein Wunder, denn nach einem breit angelegten Aufruf zu LEADER II im Jahre 1995 mit verhaltener Resonanz wurde die Öffentlichkeit im weiteren Verlauf nur noch projektbezogen eingebunden. Es ging eher um Einzelprojekte, als um den dahinter stehenden Entwicklungsansatz.

Mittlerweile geriet das bislang wichtigste Standbein des Vereins durch ein neues Landesgesetz ins Wanken: Seit Mitte dieses Jahres ist es Lehrern nicht mehr möglich, ihre Fahrtkosten für Schulfahrten entschädigen zu lassen. Dies führte zu einem Rückgang der Buchungen um über 30 Prozent, denn aus Sachsen-Anhalt kamen bislang die meisten Besucher. Eine Erfahrung, aus der der Verein umgehend Konsequenzen zog: Aktuell richtet sich der Blick nach Berlin und andere Bundesländer, um neue Gäste zu gewinnen. Mit Erfolg, denn für 2003 liegen bereits Buchungen vor.

Und wie geht die Aktionsgruppe mit diesen Rahmenbedingungen um?

## Keimzelle Stammtisch ...

Das Entwicklungskonzept für LEADER+ greift ein »Oberthema« auf, das alle Gemeinden anspricht und sich ohne Schwierigkeiten umsetzen lässt. Der kleinste gemeinsame Nenner sozusagen. Als Grenze für das Aktionsgebiet wurde ein homogenes Gebiet mit großem touristischen Potenzial gesucht. Die Standardlösung, die in solchen Fällen nahe liegt. Im Top-down-Ansatz wurde das Konzept von den zuständigen Behörden mit dem »letzten Schliff« versehen.

Im Vorfeld zu LEADER+ wurde der Ansatz breiter kommuniziert. Es gibt einen Vorsitz mit Stellvertretung sowie eine neue Geschäftsordnung, die unter anderem die Abstimmung über Projekte regelt. Die Arbeitsfähigkeit der LAG ist somit sichergestellt. Ein hauptberufliches Management gibt es noch nicht, ist aber in Planung. Mitstreiter, die Fachkenntnisse einbringen können, wurden bei der Erarbeitung des Entwicklungskonzepts angesprochen. Und das Spektrum wird gegenüber LEADER II breiter: Neben dem Tourismus sollen nun auch Jugend und Bildung sowie Sport und Kultur stärker integriert werden. Diesmal viel-

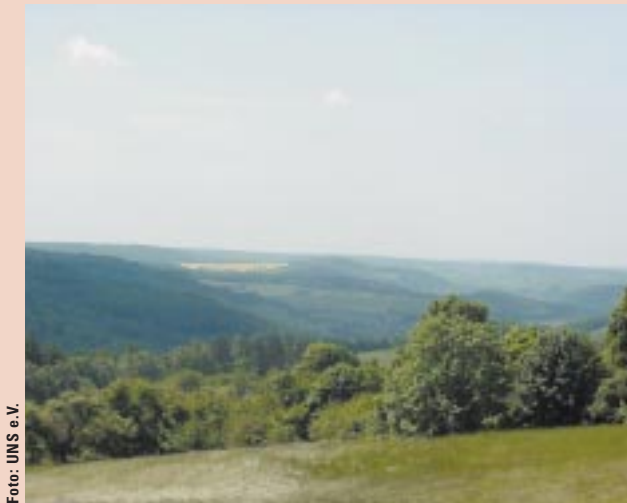


Foto: UNS e.V.

### Blick in das Wippertal

leicht auch mit wissenschaftlicher Unterstützung, denn die Ressourcen vor Ort sind begrenzt.

Unterstützt wurde dieser Ansatz auch vom einem »Stammtisch« einiger Gewerbetreibende, Unternehmer und dem Vereinsvorsitzenden. Diese trafen sich bereits während der Laufzeit von LEADER II mehr oder weniger regelmäßig zu einem Glas Bier und tauschten sich aus: Was wäre wünschenswert für die Region? Und was wäre machbar mit privaten Kofinanzierungsmitteln oder mit anderen Fördertöpfen als LEADER? Jeder der »Unternehmer« hatte erkannt, dass der eigene Projekterfolg nicht nur von einer gesicherten Finanzierung und der Qualität des Managements abhängt: »Wenn die Parkmöglichkeiten oder die Zufahrt nicht stimmen, kommen weniger Besucher zur Sommerrodelbahn. Und wenn es von dort keinen Fußweg ins Dorf gibt, gehen die Besucher eben nicht dort essen«, bringt es Norbert Gehring auf den Punkt.

Solche und ähnlich gelagerte Probleme sind nur gemeinschaftlich zu meistern. Einige der am »Stammtisch« entstandenen Ideen wurden auch tatsächlich über die LAG umgesetzt. Das schuf Vertrauen. »Hier wird nicht nur geredet, hier passiert auch was«. Der »Stammtisch« manifestierte quasi den außerhalb LEADER umgesetzten LAG-Gedanken und brachte in einer Art Arbeitskreis Menschen zusammen, die neben Engagement auch die Mittel haben, etwas umzusetzen. Der Stammtisch wurde aber in der sehr langwierigen Vorphase von LEADER+ nicht fortgeführt. Zukünftig wird es ihn wohl wieder geben, und – wenn möglich – mit einer breiteren Beteiligung. Denn auch die Kommunen und Verbände gehören mit an den Tisch. Das Wohl einiger kann hier zum Wohl vieler werden – wenn es von den Beteiligten zugelassen wird.

### ... muss wachsen

Die weitere Mobilisierung der Akteure wird Zeit und Energie in Anspruch nehmen. Welche Einrichtungen der Region bringen welches Angebot? Wie können diese genutzt und eingebunden werden? Oder gibt es Möglichkeiten, mit eigenen Angeboten zu unterstützen? Ein hauptberuflicher Regionalmanager, der neue Tätigkeitsfelder entwickelt, ist hier gefragt.

Neben einigen Aktiven gibt es aber auch viele Desinteressierte. Das Beharrungsvermögen ist teilweise sehr groß: Alte halten Altes hoch. Das betrifft auch politische

Strukturen vor Ort und wird damit zum strukturellen Problem. Es fehlt auf breiter Front an Risikobereitschaft und damit an Veränderungen, die dringend nötig wären. LEADER bietet die Möglichkeit, querschnittsorientiert zu arbeiten und damit das ein oder andere Hindernis zu umgehen.

Mangels Masse geht der Weg nur über die direkte Ansprache der wichtigsten Akteure – der »Stammtisch« lässt grüßen! Die Aktionsgruppe muss langsam wachsen und verschiedene Interessen bündeln.

Große Planungen sind dabei nicht immer ein Vorbild: Beispielsweise die Planung für ein Gewerbegebiet in der Region, die knapp am Bedarf vorbei geht und dessen Flächen nun sehr günstig abgegeben werden müssen, damit die eingesetzten Mittel nicht in Frage gestellt werden. Oder die vorkonzipierte Freizeitanlage, für die sich nun kein Träger mit dem selben Geschmack findet. Ein funktionierender »Stammtisch« könnte hier zusammenführen, was zusammengehört. Auch die Sparkasse sollte mit dabei sein. Denn bei der Kreditvergabe von Projektanträgen gibt es noch viel zu tun. Trotz hoher Eigenmittelanteile sind Restfinanzierungen aktuell kaum zu erhalten. Der ein oder andere Unternehmer hat unter diesen Bedingungen keine Lust mehr, den Betrieb fortzuführen.

Mit Hilfe von LEADER kann früher nach der Machbarkeit gefragt, können über partizipative Planungsansätze Trägerinteressen berücksichtigt und gegebenenfalls nach Alternativen gesucht werden.

Die Aktionsgruppe hat sich für LEADER+ zum Ziel gesetzt, diesen Ansatz zu verfolgen und das Mansfelder Land als eine Region auch in den Köpfen zu etablieren, Identität zu schaffen. Die Kommunikation ergibt sich im dörflichen Umfeld von selbst: in den Vereinen, in der Kneipe oder vom Fußweg zur Fensterbank. Aber eben nur innerhalb der Dorfgrenzen. Auf Dauer muss der Blick deutlich weiter reichen.

Die Motoren des LEADER-Prozesses waren bisher überwiegend Zugezogene. Sie erkennen – wie so oft – die Potenziale vor Ort, die von den Einheimischen nicht als solche wahrgenommen werden. Und sie haben den Vorteil, dass ihnen kein »Stallgeruch« anhaftet, sie somit »unbelastet« sind.

Doch im Mansfelder Land fehlt es ihnen noch an Unterstützung durch die Alteingesessenen; diese befinden sich noch in »Lauerstellung«. »Verantwortung zu übertragen ist ein Problem«, sagt Axel Kursawe, Mitglied der LAG, »man muss schon mit gebackenen Brötchen kommen«. Aber der Appetit kommt ja bekanntlich mit den Essen und wem es geschmeckt hat, der kommt auch wieder!

#### Nähere Informationen:

**Dr. Norbert Gehring**  
**WEG Projektmanagement GbR**  
 Schulstraße 18  
 06543 Braunschweide  
 Tel.: (03 47 75) 21 083  
 Fax: (03 47 75) 20 471  
 E-Mail: [info@uns-ev.de](mailto:info@uns-ev.de)  
 Web: [www.weg-gbr.com](http://www.weg-gbr.com)

# Region Hesselberg: Für mehr Attraktivität

VON ANETTE PFEIFFER

Die Region Hesselberg ist in LEADER so etwas wie ein »Senkrechtstarter«. Erst gegen Ende von LEADER II wurde innerhalb weniger Wochen der Förderantrag eingereicht und genehmigt. Damals reichten Zeit und Mittel für nur zwei Projekte. Inzwischen hat sich ein professionelles Regionalmanagement etabliert, das zur Teilnahme an LEADER+ zahlreiche Akteure aus 26 Gemeinden mobilisieren konnte. Eine Entwicklung, die sich vor fünf Jahren keiner in der Region so recht hätte vorstellen können.

## Nebeneinander statt Miteinander

Interkommunale Zusammenarbeit war bis 1997 in den Gemeinden im südlichen Teil des Landkreises Ansbach kaum praktiziert worden. Der Hesselberg war zwar seit Generationen ein – wenn auch nicht sehr ausgeprägter – Identifikationspunkt für die Bewohner, doch nur für die direkt umliegenden Gemeinden. Für die Gesamtheit aller 26 Gemeinden, die heute als LEADER-Region firmieren, gab es bis dato keine gemeinsame Identität.

Hinsichtlich ihrer Bevölkerung entwickeln sich die Gemeinden sehr unterschiedlich. Während in einigen Gemeinden 122 bis 250 Einwohner pro Quadratkilometer leben, sind andere mit 44 bis 56 Einwohnern pro Quadratkilometer sehr dünn besiedelt. Im Inneren der Region sinken die Bevölkerungszahlen, wohingegen einige Gemein-

<b>Zuschnitt des Aktionsgebietes</b>	26 Gemeinden im südlichen Teil des Landkreises Ansbach, Bezirk Mittelfranken, Bayern
<b>Einwohnerzahl</b>	rund 75.000
<b>Einwohnerdichte</b>	101 Einwohner/km <sup>2</sup> (starke kommunale Unterschiede)
<b>Bevölkerungsstruktur (1999)</b>	0–15 Jahre = 20,0 % 15–25 Jahre = 12,5 % 25–50 Jahre = 37,5 % 50–65 Jahre = 15,0 % über 65 Jahre = 15,0 %
<b>Arbeitslosenzahl (2001)</b>	5,9 %
<b>Verteilung der Erwerbstätigen (1999, Landkreis Ansbach)</b>	Produzierendes Gewerbe = 45 % Sonstige Dienstleistungen = 32 % Handel und Verkehr = 13 % Land- und Forstwirtschaft = 10 %
<b>Wirtschaftsstruktur</b>	vor allem mittelständische Betriebe im Bau- und Holzgewerbe, der Bürsten- und Pinselproduktion sowie im Autzulieferbereich
<b>Nächstes größeres Zentrum</b>	Nürnberg (50 Kilometer entfernt)
<b>Raumtyp laut BBR</b>	Ländlicher Raum ohne nennenswerte Entwicklungsprobleme

den im Randbereich ein Bevölkerungswachstum aufweisen.

Die Wirtschaftsstruktur ist hingegen recht homogen. Die Landwirtschaft spielt im Landesvergleich eine noch große Bedeutung für die Erwerbstätigkeit, während der Dienstleistungssektor vergleichsweise schwach entwickelt ist. Das Rückgrat der regionalen Wirtschaft bildet das produzierende Gewerbe, das fast die Hälfte der Arbeitsplätze bietet. Die keinen Arbeitsplatz in der Region finden, pendeln in die Kreisstadt Ansbach, in Richtung Nürnberg, Weißenburg und Schwäbisch Hall oder zu den neuen Gewerbegebieten entlang der Autobahnen A 6 und A 7. Und das sind fast 30 Prozent der Erwerbstätigen.

Die regionale Wirtschaft war und ist also durch eine ungünstige Sektorstruktur in ihrer Entwicklung gehemmt. Doch der »Leidensdruck« war für die Gemeinden nicht groß genug, um die Zukunft gemeinsam in die Hand zu nehmen. Zu diesem Schritt bedurfte es einer drohenden Krise und eines gewissen »Drucks« von außen.

## Krise als Anlass

1997 drohte die Firma Schwarzkopf – heute Schwarzkopf & Henkel – ihren Standort in Wassertrüdingen zu schließen. Damit standen nicht nur unmittelbar 800 Arbeitsplätze auf



Foto: Entwicklungsgesellschaft Region Hesselberg mbH

dem Spiel; auch einige Zulieferbetriebe in den umliegenden Gemeinden waren betroffen.

Das Bayerische Umweltministerium schlug vor, für die betroffenen Gemeinden ein Teilraumgutachten zu erstellen, das deren Stärken und Schwächen ermittelt und Entwicklungsvorschläge für die Bereiche Siedlung, Gewerbe, Verkehr sowie Natur und Landschaft formuliert. Das Ministerium übernahm einen Teil der Finanzierung, knüpfte daran jedoch die Bedingung, dass dieses Gutachten von den Gemeinden umgesetzt wird.

26 Gemeinden beteiligten sich daran. Für viele Bürgermeister lag der Anreiz sicherlich in der Erwartung von Maßnahmen im Straßen- und Wegebau. Hier lag laut Gutachten aber nicht der Entwicklungsschwerpunkt. Grund für einige Gemeinden, sich nicht an der Finanzierung einer Gesellschaft zur Umsetzung des Gutachtens zu beteiligen. Die übrigen 21, später 22 Gemeinden waren von dem Ansatz überzeugt und setzten 1999 zur Gründung der Entwicklungsgesellschaft Region Hesselberg mbH eine Einlage von jeweils rund 25.600 Euro ein. Sie verpflichteten sich zudem, jährlich eine Umlage von einem Euro pro Einwohner zu entrichten. Gesellschafter sind die ersten Bürgermeister, von denen fünf die Geschäftsführung übernahmen.

Ihr beruflicher Alltag ließ ihnen jedoch kaum Zeit für die Gesellschaft. Die Umsetzung erster Projekte aus dem

Leitung der neu eingerichteten Geschäftsstelle. Diese wird zur Hälfte aus der Umlage finanziert, kofinanziert durch Mittel aus LEADER II beziehungsweise demnächst aus LEADER+. In der Zwischenzeit fließen Mittel aus Phasing-Out des Ziel-5b-Programms und finanzieren noch eine weitere Mitarbeiterin sowie die laufenden Betriebskosten. Relativ schnell explodierte die Arbeit. Das Arbeitsamt zeigte Interesse und finanzierte drei weitere Mitarbeiter für zunächst ein Jahr.

## Grundstein gelegt

Mit dem Teilraumgutachten waren wesentliche Grundlagen geschaffen worden: Eine von den Kommunen finanzierte Entwicklungsgesellschaft und ein gemeinsam getragener Entwicklungsansatz. Nun galt es, neben den Kommunen auch die Bevölkerung ins Boot zu holen. Nachdem die entscheidenden Anstöße bisher von außen kamen, musste die Region nun ihre eigenen Kräfte mobilisieren.

Zunächst war es ein »zähes Geschäft«. Man versuchte beispielsweise an die Agenda-21-Arbeitskreise anzuknüpfen. Der Prozess geriet erst in Fahrt, als Unterstützung von »regionalen Mentoren« kam: So stieß Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege und damaliger Landtagsabgeordneter dieses Wahlkreises, im

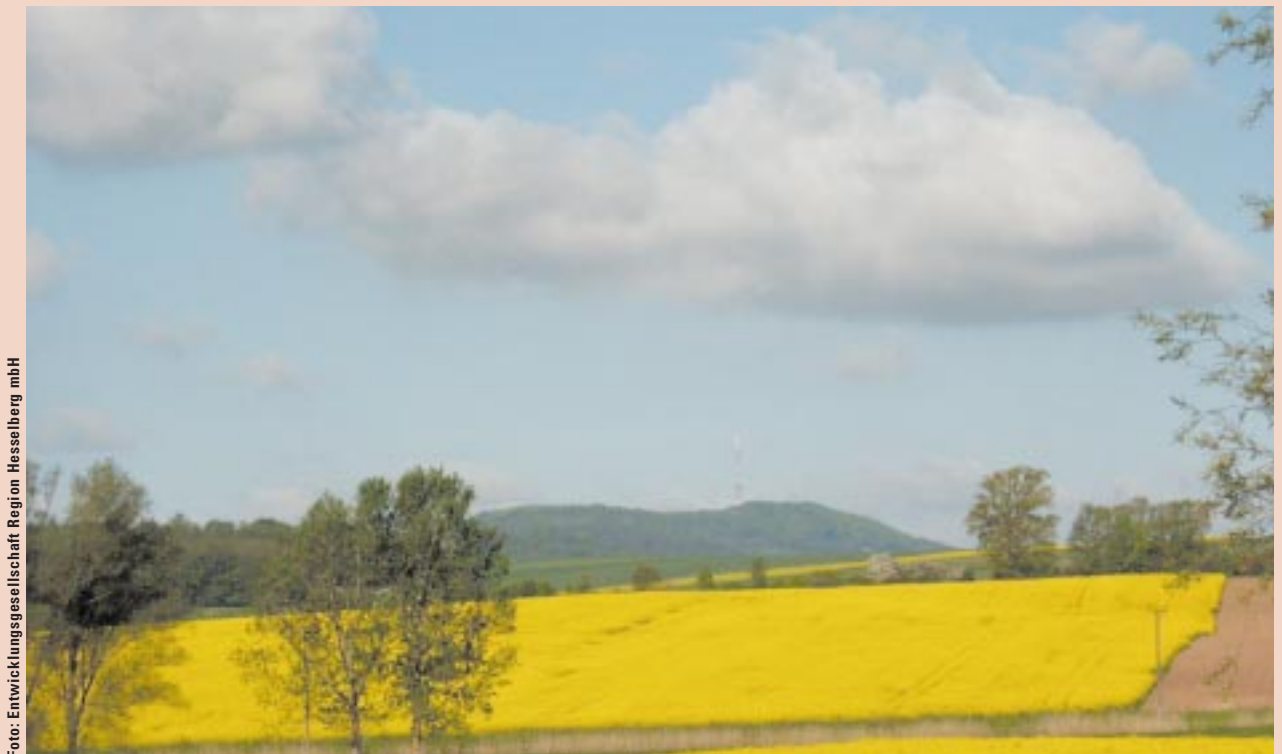


Foto: Entwicklungsgesellschaft Region Hesselberg mbH

Teilraumgutachten sollte daher über Werkverträge vergeben werden, die Einrichtung einer eigenen Geschäftsstelle erschien zunächst nicht erforderlich. Hier meldete sich erneut das Umweltministerium zu Wort. In Bayern standen noch LEADER-II-Mittel zur Verfügung, und das Teilraumgutachten bot eine solide Grundlage sowie erste, leicht umzusetzende Projekte. Die GmbH vergab daher einem Ingenieurbüro den Auftrag, einen Antrag auf LEADER-II-Förderung zu erarbeiten. Und auf diesem Weg kam Ute Vieting ins Spiel. Im Dezember 2000 übernahm sie gemeinsam mit Bürgermeister Friedrich Wörrlein die

Januar 2001 das Hesselberg-Forum an. Ein Auftaktgespräch mit 45 ausgewählten Personen, die verschiedene Interessengruppen vertraten. Auch die Fachhochschule im nahegelegenen Triesdorf engagierte sich und führte eine Engpassanalyse für die Region durch.

Den wichtigsten Schritt stellte die öffentliche Auftaktveranstaltung für LEADER+ dar, zu der die Gesellschaft im März 2001 einlud. Über die Presse und 500 direkte Einladungen machte sie auf die Veranstaltung aufmerksam – und war von dem Echo überwältigt. Rund 200 Personen kamen und formierten sich in zwölf Arbeitskreisen: Neben

Vertretern der Agenda-Arbeitskreise auch Jugendgruppen, die Landfrauen, Mitglieder der örtlichen Vereine und interessierte Bürger.

Die Zeit war also reif! Viele Teilnehmer sagten »Endlich passiert mal was!«. Andere kamen aus purer Neugier oder aus beruflichem Interesse. Die Abgrenzung der Region stand für sie nicht im Vordergrund – was auch nicht verwundert, war diese doch in erster Linie aus dem Teilraumgutachten geboren. »Auch wenn die meisten Besucher aus den Gemeinden rund um den Hesselberg kamen – das



Foto: Entwicklungsgesellschaft Region Hesselberg mbH

#### »Gästebuch« der Auftaktveranstaltung

Interesse galt eher den unterschiedlichen Themen. Und diejenigen, die außerhalb der Region leben, hoffen darauf, dass ihre Gemeinde auch mal mitmachen wird«, berichtet Ute Vieting. Die Region Hesselberg versteht sich auch nicht als geschlossene Gesellschaft. Die Projekte werden zwar für die beteiligten Gemeinden entwickelt, die Arbeitskreise stehen jedoch allen Interessierten innerhalb wie außerhalb der Region offen. Dort entwickelten die Teilnehmer die Projektideen weiter, die nach dem Teilraumgutachten und der Engpassanalyse eine besondere Bedeutung für die Region haben. Rund 120 Projekte fanden auf diesem Weg ins Regionale Entwicklungskonzept für LEADER+.

### Noch nicht alle im Boot

In erster Linie engagieren sich Privatpersonen. Das Interesse der Unternehmer ist hingegen gering. »Unternehmer haben in der Regel nicht die Zeit, sich in langwierig tagenden Arbeitskreisen zu engagieren«, erklärt Ute Vieting. Um die regionale Wirtschaft künftig stärker zu beteiligen, plant die GmbH für diese eine Zukunftskonferenz. Die Resonanz ist mit bisher über 150 Anmeldungen groß. Die Abfrage im Vorfeld zeigt, wo den Unternehmern der Schuh drückt: Das Image der Region als Wirtschaftsstandort soll verbessert und die Bürokratie in der Verwaltung abgebaut werden. »Unser Problem ist, Fachkräfte in die Region zu holen und hier zu halten«, sagt Herr Seeliger, Mitarbeiter der Entwicklungsgesellschaft.

Auch die Wirtschaftsförderung des Landkreises wird an der Zukunftskonferenz teilnehmen. Ein Schritt zu einer besseren Zusammenarbeit, die in der Vergangenheit nicht

optimal lief. Die Wirtschaftsförderung verfolgt vorrangig das Ziel der Gewerbeansiedlung, und zwar für den gesamten Kreis. Mit etwas Argwohn beäugt sie den integrierten Entwicklungsansatz in der Region Hesselberg. »Hier gibt es noch einiges zu tun«, meint Ute Vieting und setzt auf Zusammenarbeit und Kooperation.

Dies gilt auch für die Einbeziehung der Jugendlichen. Trotz ihres relativ hohen Bevölkerungsanteils arbeiten nur sehr wenige in den Arbeitskreisen mit. »Über diesen Weg lassen sich Jugendliche nur schwer motivieren«, berichtet Herr Seeliger. »Die jungen Leute sind meist nicht mobil genug, um zu den abendlichen Sitzungen zu kommen. Auf den Auftaktveranstaltungen zeigte sich zudem, dass die Älteren nicht immer auf die Meinung der Jungen hören wollen«. Doch die ist wichtig. Denn die unter 25-Jährigen machen fast 14 Prozent der regionalen Arbeitslosen aus. Viele von ihnen verlassen die Region, da sie hier keinen qualifizierten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Angesichts des Fachkräftemangels in der Region zeigt sich hier Handlungsbedarf.

Dass sich die jungen Menschen in der Region für eine Sache engagieren wollen, macht ihre aktive Mitarbeit in der örtlichen Land- und Dorfjugend deutlich. Auf Projektebene, beispielsweise durch den Aufbau von Umweltsationen, will die Entwicklungsgesellschaft diese Bevölkerungsgruppe zukünftig stärker ansprechen. Der Weg über die Schulen verlief trotz anfänglichem Interesse der Lehrer nicht wie gewünscht: »Die Lehrer erwarten von uns fertige Unterrichtskonzepte«, sagt Ute Vieting, »und die können wir nicht leisten. Hier wünschen wir uns ein deutlich stärkeres Engagement der Lehrer«.

Der Frauenanteil macht in den Arbeitsgruppen nur knapp ein Viertel aus. »In dieser Hinsicht sind wir noch recht konservativ. Es sind meist die Männer, die sich neben dem Beruf abends für eine Sache engagieren. Die Frauen kümmern sich mehr um die Familie und viele sind nicht mobil«, erklärt Wolfram Stapff, LEADER-Manager von Mittelfranken. »Doch diejenigen Frauen, die sich engagieren, sind besonders aktiv. Dies sind vor allem die Selbständigen, die Urlaub auf dem Bauernhof anbieten oder Direktvermarktung betreiben.«

Die Zugezogenen hingegen sind – verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung – stark vertreten.

### Neue Formation für LEADER+

Da sich die GmbH nur aus Bürgermeistern zusammensetzt, gründete sich für die Teilnahme der Region an LEADER+ im Juli 2001 der Verein »Lokale Aktionsgruppe Altmühl-Wörnitz«. Hier wirken die 26 am Teilraumgutachten beteiligten Kommunen mit. »Akteure und Vereine, die außerhalb der Region wohnen, aber in der Region wirken, können aber ebenfalls Mitglied werden«.

Neben dem Vorstand gibt es noch einen Entwicklungsbeirat, in dem die Sprecher der Arbeitskreise sowie Vertreter von Fachbehörden mitwirken. Die GmbH hat nun dem Verein die Geschäftsführung angeboten. Noch ist darüber nicht entschieden. Da das bayerische LEADER+ Programm eine vertragliche Trennung der LAG-Geschäftsführung, des Regional- und des Projektmanagements vorsieht, kann die Arbeit der Entwicklungsgesellschaft und die der LAG Altmühl-Wörnitz Hand in Hand gehen.

Die Arbeitsteilung der GmbH-Geschäftsführung hat sich als erfolgreich erwiesen: Ute Vieting ist für den fachlichen

Teil zuständig, Bürgermeister Friedrich Wörrlein für die Abstimmung mit seinen Amtskollegen. Dies sichert die politische Unterstützung – allerdings nur auf kommunaler Ebene. Der Landrat gibt noch nicht volle Rückendeckung, da nur ein Teil des Landkreises betroffen ist.

### Man setzt auf Breite

Als Handlungsschwerpunkt hat die LAG Altmühl-Wörnitz die Verbesserung der Lebensqualität gewählt. »Unsere Region will sich nicht von Schwarzkopf abhängig machen. Die Region muss insgesamt attraktiver werden«, meint Ute Vieting, »und sie hat zu unterschiedliche Probleme, als dass nur ein Entwicklungsansatz den Herausforderungen gerecht würde.«

- Zunächst geht es um die Entwicklung der regionalen Wirtschaft. Dazu zählt neben der Zukunftskonferenz auch eine Stärkung der bestehenden Aktivitäten rund um Streuobst, Direktvermarktung und Tourismus.
- Ein weiteres Feld ist der Aufbau eines Dienstleistungsnetzwerkes. »Viele Dienstleistungen sind in der Region nicht bekannt«, beklagt Bürgermeister Friedrich Wörrlein. Eine gemeinsame Internetplattform soll Abhilfe schaffen. Auch ein Bürgerservicemarkt ist geplant (s.S. 14–15).
- Mit der Waldbauernvereinigung, der Erzeugergemeinschaft für Raps sowie dem landwirtschaftlichen Maschinenring sind im Bereich »Energiewirtschaft und Neue Technologien« verschiedene Projekte geplant, an denen sich auch die Fachhochschule sowie das Energieberatungs- und Anwender-Zentrum Triesdorf beteiligen wollen.
- Im touristischen Bereich will die Region bestehende Angebote wie den Altmühlradweg ausbauen und den Service insgesamt verbessern. »Initiativen für mehr Servicequalität wurden bisher kaum angenommen«, so Ute Vieting.
- Unter dem Stichwort »Natur- und Kulturlandschaft« ist insbesondere das römische Erbe zu nennen, das über verschiedene Projekte stärker in den Blickpunkt gerückt werden soll.
- Abschließend sind Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vorgesehen. Zentrales Projekt stellt das Netzwerk für Umweltbildung dar sowie Angebote für den Mittelstand.

Vieles wurde auf den Weg gebracht. Vor allem die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und ein von vielen Akteuren getragenes Entwicklungskonzept. Noch sind einige relevante Gruppen unterrepräsentiert, zum Beispiel Jugendliche, Frauen und Unternehmer. Doch unternimmt die LAG bereits Anstrengungen, diese stärker zu integrieren. Dass der Wunsch nach mehr Wissen über die LAG, die Entwicklungsgesellschaft und deren Bemühungen in der breiten Öffentlichkeit besteht, davon zeugen die wöchentlich zunehmenden Anrufe und E-Mails.

Nähere Informationen:

**Ute Vieting**

**Entwicklungsgesellschaft Region Hesselberg mbH & Lokale Aktionsgruppe Altmühl-Wörnitz e.V.**

**Hauptstraße 11**

**91743 Unterschwaningen**

**Tel.: (0 98 36) 97 07 72**

**Fax: (0 98 36) 97 07 73**

**E-Mail: [Ute.Vieting@region-hesselberg.de](mailto:Ute.Vieting@region-hesselberg.de)**

**Web: [www.region-hesselberg.de](http://www.region-hesselberg.de)**

# Weserm

**Regionen, die nicht für LEADER+ benannt wurden, suchen nach Alternativen, um die begonnene Arbeit fortzusetzen. Ein Schritt, der anderen Regionen für die Zeit nach der Förderung noch bevorsteht. Die Wesermarsch zeigt ihren Weg auf.**

Im Jahr 2001 nahm der Landkreis Wesermarsch an dem LEADER+ Wettbewerb in Niedersachsen teil – wurde jedoch nicht als eine von 17 Regionen ausgewählt. Das war zunächst schmerzlich, denn quer durch die Wesermarsch wurde mit viel Engagement an der Konzepterstellung gearbeitet. Doch trotz der »Trauerarbeit« galt die Devise, dass Jammern und eventuelle Schuldzuweisungen nichts nützen, sondern kontraproduktiv sind.

### Solides Fundament

Für den Blick nach vorne gab es viele gute Gründe: Es lag ein umsetzungsreifes Regionales Entwicklungskonzept vor, für die darin formulierten Leitprojekte herrschte Akzeptanz in der Region, die kommunale Finanzierung der geplanten Projekte war gesichert, und es standen Akteure bereit, die das gemeinsam Erarbeitete umsetzen wollten.

Dies versuchte die Wirtschaftsförderung – der Motor bei den Vorbereitungen für LEADER+ – mittels Presseartikeln der Öffentlichkeit zu vermitteln. Die Enttäuschung über die Ablehnung wurde nicht verhehlt, aber gleichzeitig auf die Chancen verwiesen, die sich der Region auf der Basis des bisher Erreichten bieten. Diese Botschaft kam an: Viele »Mitstreiter« drückten ihre Bereitschaft zur Weiterarbeit aus. Kritische Worte gab es auch, allerdings nur vereinzelt. Auf einer gemeinsamen Sitzung der kommunalen Räte und lokalen Akteure, zu der die Lokale Aktionsgruppe (LAG)